

Frauen Union der CDU Deutschlands

Tätigkeitsbericht

FU!

September 2019 – August 2021



swinkel, ein Ziel:

Freiheit und Verantwortung verbinden.
Tria... der CDU-Vereinigungen und Sonderorganisa...

Nachgefragt

#CDUVorsitz:
Die Kandidatenrunde

#MitMachtMehrMöglich

#KVK2020 - Klartext!

Frauen Union der CDU

#MitMachtMehrMöglich

Der vorliegende Bericht der Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands an die Delegierten des 34. Bundesdelegiertentages umfasst den Zeitraum von September 2019 bis August 2021. Er gibt einen Überblick über die Arbeit des Bundesvorstandes, der Bundesgeschäftsstelle und der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen Union zwischen dem 33. Bundesdelegiertentag am 14./15. September 2019 und dem digitalen 34. Bundesdelegiertentag am 28. August 2021.

Inhaltsverzeichnis

1	33. BUNDESDELEGIERTENTAG	5
	1.1 WAHLEN	5
	1.2 BESCHLÜSSE UND BESCHLUSSERLEDIGUNGEN	6
2	ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES	13
	2.1 SITZUNGEN	13
	2.2 BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS DER FRAUEN UNION DER CDU DEUTSCHLANDS	18
3	POLITISCHE AGENDA	19
	3.1 32. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS AM 22.-23. NOVEMBER 2019 LEIPZIG	19
	3.2 HERAUSFORDERUNGEN DER CORONA-PANDEMIE	20
	3.3 POLITISCHE TEILHABE VON FRAUEN	20
	3.3.1 Struktur- und Satzungskommission der CDU	20
	3.3.2 Frauen in Führungspositionen	22
	3.3.3 Interfraktionelles Frauentreffen zur Parité	23
	3.4 GEWALT GEGEN FRAUEN.....	24
	3.4.1 Sexkaufverbot	24
	3.4.2 Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen im Netz	25
	3.5 DIGITALE KREISVORSITZENDEN-KONFERENZ AM 19. SEPTEMBER 2020 IN BERLIN	26
	3.6 34. DIGITALER PARTEITAG DER CDU AM 15./16. JANUAR 2021 IN BERLIN.....	27
	3.7 BUNDES-, LANDTAGS- UND KOMMUNALWAHLKÄMPFE	28
	3.7.1 Bundestagswahl	28
	3.7.2 Landtags- und Kommunalwahlkämpfe	30
	3.8 WEITERE ARBEITSSCHWERPUNKTE.....	30
	3.8.1 Hebammensversorgung	30
	3.8.2 Lieferkettengesetz	31
	3.8.3 Equal Pay	31
	3.8.4 Familien stärken, Kinder fördern	32
	3.8.5 Kinderschutz	33
	3.8.6 Aufwertung sozialer Berufe und Stärkung der Pflege	33
4	PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	34

4.1	PRESSEARBEIT	34
4.2	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT.....	35
4.2.1	Homepage, Blog „Auf den Punkt.“, Newsletter	35
4.2.2	Social-Media-Kanäle	36
4.2.3	„Frau & Politik“	36
4.2.4	Kampagnen, aktuelle Materialien und Werbemittel	37
5	VEREINIGUNGSFINANZIERUNG	39
6	EUROPÄISCHE FRAUEN UNION (EFU) – DEUTSCHE SEKTION	40
7	ZUSAMMENARBEIT MIT DER CDU	42
7.1	BUNDESFACHAUSSCHÜSSE DER CDU	42
7.2	GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU	42
7.3	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VEREINIGUNGEN UND SONDERORGANISATIONEN DER CDU.....	43
8	ZUSAMMENARBEIT MIT DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION	44
9	ZUSAMMENARBEIT MIT DER FRAUEN UNION DER CSU	44
10	KOOPERATION MIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	45
11	KOOPERATION MIT DEM DEUTSCHEN FRAUENRAT	45
12	KOOPERATION MIT WEITEREN FRAUEN- UND FAMILIENVERBÄNDEN	46

1 33. BUNDESDELEGIERTENTAG

Der 33. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands fand am 14./15. September 2019 im Congress Center Leipzig statt. Das Motto des Bundesdelegiertentages lautete „#MutMachtMehrMöglich“. 30 Jahre nach dem Mauerfall tagte die Frauen Union der CDU bewusst in Leipzig, der Stadt der friedlichen Revolution. Das Engagement der Menschen, die damals auf die Straße gegangen sind, macht auch zukünftigen Generationen Mut, für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten.

1.1 Wahlen

Die Delegierten des 33. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU wählten einen neuen Bundesvorstand.

Gewählt wurden:

Bundsvorsitzende:

- Annette Widmann-Mauz MdB

Stellvertretende Vorsitzende:

- Sigrid Isser
- Yvonne Magwas MdB
- Carla Neisse-Hommelsheim
- Hedi Thelen MdL
- Anja Wagner-Scheid

Schatzmeisterin:

- Petra Aeverbeck

Schriftführerin:

- Wendy Ruddies

Mitgliederbeauftragte:

- Jessica Weller MdL

Beisitzerinnen:

- Kristy Augustin MdL

- Barbara Baumbach
- Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
- Dorothee Feller
- Dr. Anke Frieling
- Beatrice Gebhardt
- Eva Kühne-Hörmann
- Silke Kurz
- Katharina Merklein
- Elfriede Meurer MdL
- Sylvia Pantel MdB
- Dr. Patricia Peill MdL
- Monika Peters
- Dr. Stefanie Rönnau
- Nadine Schön MdB
- Bianca Seeger
- Nina Warken MdB
- Sabine Wölfer
- Barbara Woltmann
- Anika Zimmer

1.2 Beschlüsse und Beschlusserledigungen

Im Mittelpunkt der Antragsberatungen des 33. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU Deutschlands standen 3 Leitanträge des Bundesvorstands. Mit Leitantrag A „Die Stunde der Frauen. Resolution zu 30 Jahre Mauerfall“ richtete die Frauen Union den Fokus auf das Engagement der Menschen, die 1989 auf die Straße gegangen sind. Dieses Verhalten macht auch zukünftigen Generationen Mut, für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Leitantrag A wurde einstimmig beschlossen und als Antrag C 1 beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht und vom Parteitag beschlossen.

Zu Leitantrag B "Wir können, wollen und werden - Mauern überwinden. Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten. " lag der Änderungsantrag B1 vor, der angenommen wurde. Antrag B wurde in der Fassung der Änderung durch Antrag B1 einstimmig angenommen. Keine halben Sachen – in den Parlamenten und der Volkspartei CDU: Diese Forderung war Mittelpunkt der Beratungen. Mit dem einstimmigen Beschluss „Wir können, wollen und werden – Mauern überwinden!“ fordert die Frauen Union die bessere Beteiligung von Frauen in Ämtern und

Mandaten. Der Anspruch ist, dass die Listen der CDU verbindlich zur Hälfte mit Frauen besetzt und die Kandidatinnen gleichermaßen auf den vorderen wie mittleren und hinteren Listenplätzen platziert werden. Als Antrag Nr. C 16 und C17 wurde der Beschluss beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht. Der Parteitag hat die Überweisung in eine Struktur- und Satzungskommission der CDU Deutschlands beschlossen. Diese hat am 7. Juli 2020 konkrete Vorschläge an den CDU-Bundesvorstand gerichtet. Mit Beschluss des CDU-Bundesvorstandes vom 14. September 2020 stellt er sich hinter die Ergebnisse der Struktur- und Satzungskommission und unterstützt ausdrücklich die erarbeiteten Kompromisse. Er empfiehlt, die Ergebnisse auf dem nächstmöglichen Parteitag in Satzungsrecht zu fassen.

Weiterhin stimmte der Deutsche Bundestag am 22. April 2021 der Einsetzung einer Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit zu. Ein Arbeitsschwerpunkt der Kommission wird auf der Erarbeitung von Vorschlägen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Bundestag bis Mitte 2023 liegen.

Mit Leitantrag C "Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen.", der gleichfalls angenommen wurde, fordert die Frauen Union der CDU Deutschlands ein engagiertes Eintreten der Bundesregierung für die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette von Produkten. Die Frauen Union fordert faire Löhne und Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern, Kinderarbeit auszurotten, nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Entwicklung zum Schutz von Mensch und Umwelt weltweit.

Inhaltlich wurden die Positionen der Frauen Union vom CDU-Parteitag durch die Anträge Nr. A 53 und Nr. A 84 zum Antrag des CDU-Bundesvorstandes "Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand –Die Soziale Marktwirtschaft von Morgen" übernommen: Antrag A53 wurde vom Parteitag in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen; Antrag A 84 wurde unter Ziffer 19 des Beschlusses „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand –Die Soziale Marktwirtschaft von Morgen" behandelt.

Im Juni 2021 billigte der Bundesrat das Gesetz über unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten.

Über die **Sonstigen Anträge (D)** wurde folgendermaßen entschieden:

D 1 Aufforstung zur Begrenzung der Erderwärmung

Der Antrag wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Er wurde als Antrag Nr. C 186 auf dem 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht; Antrag C 186 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen.

D 2 Fördern und Fordern: Deutschland, Europa und Afrika auf der Basis partnerschaftlicher Zusammenarbeit gleichermaßen stärken

Antrag D2 wurde an den Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands überwiesen. Im Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 12. Mai 2020 "Unterstützung für die Sahelregion - Die Stabilität Nord- und Westafrikas ist im deutschen Interesse, dem Sorgfaltspflichtengesetz und dem Beschluss des FU-Bundesvorstandes vom 29.6.2020 „Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen.“ wurden Forderungen aus D2 aufgenommen.

D 3 Das Miteinander im Straßenverkehr fördern

Antrag D3 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen, als Antrag Nr. C 212 beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht und vom Parteitag mit Beschluss D 4 und D 27 angenommen.

D4 und D27 Qualitativ hochwertige und flächendeckende Hebammenversorgung

D4 und D27 wurden in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen und an den Bundesvorstand überwiesen. Im Rahmen eines internen Fachgesprächs hat sich der FU-Bundesvorstand mit Experten und Expertinnen am 31.01.2020 ausgetauscht und am 07.05.2020 den Beschluss "Flächendeckende und qualitativ hochwertige Geburtshilfe in Deutschland" gefasst. Dieser wurde am 14.05.2020 an die Antragssteller, Experten und Expertinnen des Fachgesprächs, an die CDU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Bundesministerium für Gesundheit sowie den Hebammenverbänden zugeleitet.

D 5 Kostenfreie Bereitstellung von Leitungswasser in Geschäften, Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdienstleistungen

Antrag D5 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen und als Antrag Nr. C15 beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht. Die Forderung kann durch die EU-Trinkwasserrichtlinie, die am 12. Januar 2021 in Kraft trat, als erledigt betrachtet werden. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Sie soll unter anderem die Verwendung von Leitungswasser als Trinkwasser fördern (z. B. öffentliche Wasserspender).

D 6 Abschaffung der Lohnsteuerklasse 6

D6 wurde an den Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands überwiesen, der darüber am 25.02.2021 beraten hat. Bundesvorstandsmitglied Silke Kurz gab den Mitgliedern des Vorstands einen Überblick über die Bedeutung und Anwendungen der einzelnen Steuerklassen sowie die Auswirkung von möglichen Änderungen und die Antragstellerin, Wendy Ruddies, erläuterte die Intention ihres Antrags. Silke Kurz hat im Nachgang zur Sitzung ein Arbeitspapier erstellt. Die bestehende Rechtslage eröffnet bereits die Möglichkeit, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Lohnsteuerklasse VI unterjährig durch einen zutreffenden Lohnsteuerabzug einen höheren Auszahlungsbetrag für geleistete Arbeit erhalten. Die Regelung ist allerdings wenig bekannt und muss vom Arbeitgeber beantragt werden.

D 8 Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornographischen Inhalten im Internet

Der Antrag D8 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Die Forderungen sind inhaltlich in mehrere Maßnahmen zum Kinder- und Jugendschutz im Internet eingeflossen. Am 2. Juli 2020 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum Upskirting beschlossen und damit Forderungen der Frauen Union der CDU vom Leipziger Bundesdelegiertentag aufgegriffen. Upskirting wird zukünftig als Straftat behandelt. Die Versuchsstrafbarkeit von Cybergrooming, also die gezielte Kontaktaufnahme von Erwachsenen zu Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte, wurde vom Bundestag beschlossen und trat am 13. März 2020 in Kraft.

Das Positionspapier „Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Februar 2019, welches auf die Initiativen der Frauen Union der CDU zurückgeht, fand in den entsprechenden Gesetzentwürfen seinen Niederschlag. Das Positionspapier sah vor, die

Prävention gegen Kindesmissbrauch zu stärken, die Strafverfolgung von Tätern zu erleichtern sowie den Strafrahmen für den Besitz von Kinderpornographie und für sexuellen Missbrauch zu erhöhen.

Am 25. März 2021 hat der Bundestag Verschärfungen im Sexualstrafrecht auf den Weg gebracht, welche harte Strafen für Kindesmissbrauch und Kinderpornografie vorsehen. Wer Kinder missbraucht, wer Missbrauchsbilder konsumiert oder verbreitet, muss in Zukunft mit der ganzen Härte des Strafrechts rechnen. Künftig wird der Kindesmissbrauch als Verbrechen und damit im Mindestmaß mit einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet. Auch Verbreitung, Besitz und Besitzverschaffung von Kinderpornografie werden künftig im Strafgesetzbuch als Verbrechen eingestuft.

Auch die im März 2021 vom Bundestag beschlossene die Reform des Jugendschutzgesetzes soll einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet gewährleisten.

D 9, D 17 und D 18 Bessere Startchancen für Heim- und Pflegekinder bei Eintritt in das Berufsleben

D9, D17 und D18 wurden in einer zusammenfassenden, von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Als Antrag beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht, vom Parteitag angenommen als Beschluss Nr. C 118. Am 7. Mai 2021 hat der Bundesrat beschlossen, dass Kinder in Heimen und Pflegefamilien künftig mehr von ihrem selbst verdienten Geld behalten können. Bisher mussten sie 75 Prozent abgeben, künftig 25 Prozent.

D 10, D 11 und D 22 Upskirting bestrafen

Die Anträge D10, D11 und D22 wurden in einer zusammenfassenden, von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Als Antrag beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht, vom Parteitag als Beschluss Nr. C155 angenommen. Das Gesetz zum Persönlichkeitsschutz bei Bildaufnahmen also zum Upskirting wurde am 2. Juli 2020 beschlossen.

D 12 Anonyme Spurensicherung: ärztliche und labortechnische Leistungen bundesweit finanzieren

D12 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Der Beschluss wurde beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht und als Beschluss Nr. C133 angenommen.

Am 1. März 2020 trat das Masernschutzgesetz in Kraft, welches Regelungen zur vertraulichen Spurensicherung bei Misshandlungen und sexualisierter Gewalt enthält. Die vertrauliche Spurensicherung bei Verdacht auf sexualisierte Gewalt wird künftig von den Krankenkassen erstattet. Damit wird die frühzeitige Beweissicherung bei Verdacht auf Vergewaltigung oder sexuellen Missbrauch verbessert. Menschen, die zum Beispiel Opfer einer Vergewaltigung geworden sind, können somit vertraulich einen Arzt, ein Krankenhaus oder eine darauf spezialisierte Einrichtung aufsuchen und Spuren sicherstellen lassen, bevor sie sich an die Polizei wenden. Ärzte und Krankenhäuser können diese Leistungen mit den Krankenkassen abrechnen, ohne dass die untersuchte Person von der Krankenkasse identifiziert werden kann.

D 13 Ehrenamt fördern statt es zu behindern: Umsatzsteuerliche Erleichterungen für Veranstaltungen, die vornehmlich von und durch Ehrenamtliche gestaltet werden

D13 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen. Am 16. Juni 2020 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Positionspapier „Ehrenamtsgesetz 2021-Ehrenamtlich tätige Personen stärker fördern, Vereinen das Leben leichter machen und Bürokratie abbauen“ beschlossen.

D 14 Interkommunale Zusammenarbeit erleichtern – Zusammenarbeit der Kommunen durch Umsatzbesteuerung nicht erschweren

Antrag D14 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Der Beschluss wurde an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen.

D 15 Bessere Rahmenbedingungen für die solitäre Kurzzeitpflege schaffen

D15 wurde in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Er wurde als Antrag beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht und als Beschluss Nr. C 134 angenommen.

D 19 Auch für Jugendliche aus Familien, die im Sozialleistungsbezug sind oder Kinderzuschlag erhalten, soll sich Leistung lohnen.

D19 wird in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen und als Antrag Nr. C14 beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht. Seit dem 1. Juli 2020 dürfen Schülerinnen und Schüler, deren Familien im SGB-II-Bezug sind, mehr Geld von ihrem Ferienjob anrechnungsfrei behalten. Der Betrag wurde von 1200 Euro auf 2400 Euro erhöht.

D 21 Aktionsplan „Schwimmen lernen“ starten

D21 wird in der Fassung der Antragsstellerinnen mit der Ergänzung "und die Landesregierungen" angenommen. Der Beschluss wurde an das Bundesministerium des Innern und die Landesregierungen mit CDU geführten Kultusministerien überwiesen.

D 23 Hilfe für Kinder psychisch und / oder suchterkrankter Eltern

D23 wird angenommen und als Antrag C119 beim 32. CDU-Parteitag in Leipzig eingebracht. Der Parteitag hat den Beschluss C119 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen.

D 24 Müllreduzierung

D24 wird angenommen. Der Bundesrat billigte das Verbot für leichte Plastiktüten am 18. Dezember 2020. Händler dürfen ab dem 1. Januar 2022 Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke von 15 bis 50 Mikrometern nicht mehr an Kundinnen und Kunden abgeben oder verkaufen. Weiter stimmte der Bundesrat der Verordnung über das Verbot des Inverkehrbringens von bestimmten Einwegkunststoffprodukten und von Produkten aus oxo-abbaubarem Kunststoff zu, die im Juli 2021 in Kraft getreten ist.

D 25 Spracherwerb vor Beginn der regulären Grundschulzeit

D25 wird in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen. Der Beschluss ist erledigt durch den Beschluss der Kultusministerkonferenz „Bildungssprachliche Kompetenzen in der deutschen Sprache stärken“ vom 5. Dezember 2019.

D 26 Erarbeitung eines Antrags der Frauen Union der CDU Deutschlands an die CDU Deutschland zu einer Satzungsänderung betreffend der finanziellen Ausstattung der Kreisverbände der Frauen Union

D26 wurde an den Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands überwiesen und dort am 18.10.2019 ausführlich beraten und besprochen. Der Bundesvorstand hat einstimmig votiert, den Antrag nicht auf dem 32. Bundesparteitag der CDU einzureichen.

2 ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES

2.1 Sitzungen

Zwischen dem 33. Bundesdelegiertentag am 14./15. September 2019 und dem 34. Bundesdelegiertentag am 28. August 2021, der Wahlperiode des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU, hat der Bundesvorstand 19-mal getagt.

15. September 2019 - konstituierende Vorstandssitzung in Leipzig

- Kooptationen:
 - die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
 - die Parteivorsitzende der CDU Deutschlands,
 - die Landesvorsitzenden der Frauen Union der CDU, die nicht gewähltes Mitglied des Bundesvorstands der Frauen Union der CDU Deutschlands sind,
 - die Präsidentin der Frauen in der EVP, sofern sie Mitglied der Frauen Union der CDU ist,
 - die Vorsitzende der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union, sofern sie Mitglied der Frauen Union der CDU ist,
 - Für den Fall und solange die Vorsitzende der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen Union nicht der Frauen Union der CDU angehört: die stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Sektion der EFU, die Mitglieder der Frauen Union der CDU sind.
- Parteitag der CDU
- Termine
- Arbeitsplanung, erste Überlegungen

18. Oktober 2019 in Berlin

- Politischer Bericht
- Rückblick auf den 33. Bundesdelegiertentag
- 32. Parteitag der CDU, u.a. Anträge
- Wahl einer Delegierten und von Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss der CDU
- Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten für den Deutschen Frauenrat
- Arbeitsschwerpunkte und Terminplanung, u.a. Fachgespräch „Hebammen“

21. November 2019 in Leipzig

- Politischer Bericht, u.a. Landtagswahl in Thüringen
- 32. Parteitag der CDU Deutschlands, u.a. Wahlen und Anträge
- Vorbereitung des Delegiertentreffens der Frauen Union
- Arbeitsschwerpunkte
- Präsenz des Bundesvorstands und seiner Mitglieder in den sozialen Medien
- Europäische Frauen Union, u.a. Mitgliederversammlung der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen Union am 29. 11.2019 in Berlin
- Grundsatz-Programmdebatte der Vereinigungen am 27.11.2019 in Berlin

31. Januar 2020 in Berlin

- Politischer Bericht
- Jahresabschluss 2019 und Haushalt 2020
- Frauen- und familienpolitische Vorhaben in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode
BE: Nadine Schön MdB, stell. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Digitale Agenda
- Auswertung Fachgespräch „Hebammen“ (Beschluss D 4/ D 27 des Bundesdelegiertentages)
- Arbeits- und Terminplanung, u.a. Klausurtagung
- Struktur- und Satzungskommission der CDU, u.a. Einsetzung einer AG des Bundesvorstands der Frauen Union
- Wahl einer Delegierten und von Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss der CDU

7. Mai 2020, Video-Schaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Corona-Krise und dazu getroffene Maßnahmen
Referent: Hermann Gröhe MdB, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Struktur- und Satzungskommission der CDU,
BE: Yvonne Magwas MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
- Auswertung des Fachgesprächs „Hebammen“
(Beschluss D 4/ D 27 des Bundesdelegiertentages)
- Social Media

18. Juni 2020, Video-Schaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Auswertung des digitalen Fachgesprächs
„Nordisches Modell – Eine Alternative für Deutschland zur Eindämmung der
Zwangsprostitution, von Menschenhandel und Geldwäsche?“,
Beratung des Positionspapiers
- Social Media, Frau & Politik
- Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten
 - Gespräch mit Wiebke Winter, Leiterin des AK „#mehrmädels“ der Jungen Union,
Vorsitzende der Jungen Union Bremen
 - Struktur- und Satzungskommission der CDU,
BE: Yvonne Magwas MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
- Auswirkungen der Corona-Krise auf Frauen und Familien
- Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union am 19. September 2020, erste
Überlegungen
- Termine

18. September 2020, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Corona-Krise, Sachstand und Perspektiven
Referent: Prof. Dr. Helge Braun MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef
des Bundeskanzleramts
- Parteitag der CDU, u.a. Parteivorsitz und Kandidaturen für den Bundesvorstand
- Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen,
BE: Ministerin Ina Scharrenbach, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Nordrhein-
Westfalen
- Zweites Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II)
BE: Nadine Schön MdB, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

30. Oktober 2020, Video-Schaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Digitale Bildung, Digitalisierung von Schulen und Ganztagsbetreuung an Schulen, Referentin: Anja Karliczek MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung
- Vorbereitung der Vorstandssitzungen am 10. und 11. November 2020 mit den Kandidaten für den Vorsitz der CDU
- Parteitag der CDU, u.a. Vorschläge der Frauen Union für Kandidaturen für den Bundesvorstand
- Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen, Kommunalwahlen in Hessen; politische Ausgangslage und Sachstand weibliche Kandidaturen
- Kandidaturen für den Deutschen Bundestag, Sachstand
- Arbeitsplanung

1. Dezember 2020, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Gespräch mit Ministerpräsident Armin Laschet MdL über seine Kandidatur für den Vorsitz der CDU Deutschlands

2. Dezember 2020, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Gespräch mit Friedrich Merz über seine Kandidatur für den Vorsitz der CDU Deutschlands
- Gespräch mit Dr. Norbert Röttgen MdB über seine Kandidatur für den Vorsitz der CDU Deutschlands

15. Dezember 2020, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Vorbereitung des Parteitags der CDU
- Terminplanung

7. Januar 2021, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Vorbereitung des Parteitags der CDU, u.a. Vorbereitung des Delegiertentreffens der Frauen Union
- Arbeits- und Terminplanung

29. Januar 2021, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Bericht vom Parteitag der CDU
- Jahresabschluss 2020 und Haushalt 2021
- Arbeits- und Terminplanung
- Wahl einer Delegierten und von Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss der CDU

25. Februar 2021, Videoschaltkonferenz

- Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Ministerpräsident Armin Laschet MdL
- Politischer Bericht
- Überweisung D 6 des Bundesdelegiertentags „Abschaffung der Lohnsteuerklasse 6“, BE: Wendy Ruddies, Silke Kurz
- Bericht aus der AG Lessons learned, Beschlussfassung
- Mitgliederwerbung
- Deutscher Frauenrat

23. März 2021, Videokonferenz

- Politischer Bericht
- Ergebnisse der Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen
- Deutscher Frauenrat

23. April 2021, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Wahlprogramm der Union, Forderungen der Frauen Union
- Deutscher Frauenrat, u.a. Votierung des Antrags für ein Schwerpunktthema der Frauen Union
- FU-Schal, Gestaltungsentwurf
- Terminplanung

07. Mai 2021, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Vorbereitung der Bundestagswahl (Wahlprogramm)
- Bundesdelegiertentag
- Mitgliederwerbung
BE: Jessica Weller MdL

9. Juni 2021, Videoschaltkonferenz

- Politischer Bericht
- Bundesdelegiertentag, u.a. Leitantrag
- Vorbereitung der Bundestagswahl
- Mitgliederwerbung,
BE: Jessica Weller
- Deutscher Frauenrat, Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 19./20. Juni 2021

27. August in Berlin

- Politischer Bericht
- 34. Bundesdelegiertentag
- Bundestagswahl
- Bericht von der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats am 19./20. Juni 2021
BE: Carla Neisse-Hommelsheim, Dr. Stefanie Rönnau, Susanne Wetterich MdB

2.2 Beschlüsse des Bundesvorstands der Frauen Union der CDU Deutschlands

- Verdienstausfallentschädigung für Eltern verlängern vom 07.05.2020
- Flächendeckende und qualitativ hochwertige Geburtshilfe in Deutschland vom 07.05.2021
- Lessons learned – Jetzt handeln! vom 29.06.2020
- Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen. vom 29.06.2020
- Aus der Pandemie lernen: wegen morgen für die Zukunft! vom 25.02.2021
- Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen im Netz erkennen, benennen und bekämpfen vom 23.04.2021
- Forderungen der Frauen Union der CDU Deutschlands für das Wahlprogramm der Union vom 19.05.2021 -

3 POLITISCHE AGENDA

Der wesentliche Teil des Berichtszeitraums ist ab März 2020 von der Corona-Pandemie geprägt. Mit Absage der Klausurtagung des Bundesvorstandes im März 2020 verlagerten sich die Aktivitäten und Veranstaltungen ins Netz bzw. in neue digitale Formate. Webex-Konferenzen des Bundesvorstandes, digitale Fachgespräche oder digitale Schulungen werden auch in Zukunft Bestand haben. Die Corona-Pandemie führte insgesamt zu einem Digitalisierungsschub und hat so die Art und Weise der Zusammenarbeit innerhalb der Frauen Union der CDU verändert.

3.1 32. Parteitag der CDU Deutschlands am 22.-23. November 2019 Leipzig

Der 32. Parteitag der CDU Deutschlands fand in Leipzig statt. Dr. Ursula von der Leyen ist nach ihrer Wahl zur neuen Kommissionspräsidentin der Europäischen Union vom Amt der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU zurückgetreten. Die Bundestagsabgeordnete Silvia Breher aus dem Landesverband der CDU in Niedersachsen wurde in ihrer Nachfolge zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt.

Die Frauen Union der CDU Deutschlands hat sich mit zahlreichen Anträgen in die inhaltlichen Debatten des Parteitags eingebracht. Im Fokus der medialen Berichterstattung standen die Anträge für eine bessere Repräsentanz von Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten. Nach kontroversen Diskussionen im Vorfeld des Parteitages hat der 32. Parteitag der CDU die Anträge der Frauen Union der CDU C 63 „Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten“ und C 64 „Gleichstellungsbericht“ an den Bundesvorstand der CDU und eine Struktur- und Satzungskommission überweisen. Diese Struktur- und Satzungskommission wurde vom CDU-Bundesvorstand am 11. November 2019 eingesetzt. Die Anträge wurden im Einsetzungsbeschluss ausdrücklich als wichtige Beratungsgrundlage der Kommission genannt.

Mit einer fünfteiligen Postkartenaktion und einer Argumentationshilfe der Frauen Union zu mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten wurden die Forderungen am Parteitag inhaltlich begleitet.

Im Mittelpunkt der weiteren inhaltlichen Beratungen des CDU-Parteitags standen weiter die Beschlüsse „Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – Die Soziale Marktwirtschaft von morgen“, „Digitalcharta Innovationsplattform: D“, „Leipziger Erklärung – 30 Jahre Friedliche Revolution“ und „Für eine Zukunft mit Landwirtschaft – für eine Landwirtschaft mit Zukunft“.

3.2 Herausforderungen der Corona-Pandemie

Ab März 2020 veränderte die Corona-Pandemie das Leben in Deutschland. Es galten einschneidende Maßnahmen für das Zusammenleben in Deutschland. Zur Entlastung des Gesundheitssystems in Deutschland musste die Ausbreitung des Virus verlangsamt werden. Neben den wirtschaftlichen Folgen für kleine und große Unternehmen, zunehmende häusliche Gewalt, geschlossene Kitas und Schulen, gab es insgesamt aber auch einen Schub für die Digitalisierung in zahlreichen Lebensbereichen. Die politischen Aktivitäten der Frauen Union der CDU verlagerten sich ins Netz mit digitalen Vorstandssitzungen und digitalen Kampagnen auf den Social-Media-Kanälen.

Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU begleitete diese Ausnahmesituation mit entsprechenden politischen Forderungen. Ob es um die Verlängerung der Verdienstausschüttung für Eltern oder die Lehren aus der Krise für die Zeit danach ging. Die Lücken der Digitalisierung im Schulbereich oder die Grenzen der Belastbarkeit von Eltern im Homeoffice wurden analysiert.

Die beiden Beschlüsse des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU Deutschlands vom 29.06.2020 – „Lessons learned – Jetzt handeln!“ und vom 25.02.2021 – „Aus der Pandemie lernen: wegen morgen für die Zukunft!“ dokumentieren die politischen Forderungen, die aus der Corona-Pandemie abzuleiten sind.

3.3 Politische Teilhabe von Frauen

3.3.1 Struktur- und Satzungskommission der CDU

Die Struktur- und Satzungskommission der CDU Deutschlands wurde im November 2019 vom CDU-Bundesvorstand eingesetzt. Die Mitglieder der Kommission wurden durch die Landesverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU benannt. Für die Frauen Union der CDU Deutschlands wurde die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB und die stellv. Vorsitzende Carla Neisse-Hommelsheim benannt. Die Kommission wurde von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak MdB als Vorsitzendem sowie einem vierköpfigen Koordinierungsteam bestehend aus der Vorsitzenden der Frauen Union Nordrhein-Westfalen, Ministerin Ina Scharrenbach, dem Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Kai Seefried MdL, der Vorsitzenden der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Yvonne Magwas MdB, und Philipp Amthor MdB geleitet. Insgesamt hatte die Kommission 56 Mitglieder. Sie wurde durch alle Landesverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen paritätisch

besetzt. Die Kommission ist Teil der inhaltlichen, personellen und organisatorischen Erneuerung der CDU.

Für die Frauen Union der CDU stand die Steigerung des Anteils von Frauen in Ämtern und Mandaten im Mittelpunkt. Nach 3 Kommissionssitzungen und Beratungen in den Arbeitsgruppen zu „Beiträge und Doppelmitgliedschaft“, „Datenschutz“, „Zukunft und Struktur der Vereinigungen“ sowie „virtuelle Mitgliedschaft“ wurden in der Sitzung am 7. und 8. Juli 2020 die Vorschläge und Empfehlungen der Kommission verabschiedet. Unter dem Titel „Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“ hat die Struktur- und Satzungskommission der CDU ein klares Signal für verbindliche Regelungen für mehr Frauen in Ämtern der Partei und bei Mandaten gesetzt. Das hatte die Frauen Union auf dem Leipziger Parteitag beantragt und mit detaillierten Vorschlägen unterlegt. Über die konkreten Vorschläge mit verbindlichen Maßnahmen, muss der nächste CDU-Parteitag in Präsenz beraten und entscheiden. Wegen der Corona-Pandemie konnten im Berichtszeitraum keine satzungsändernden Beschlüsse gefasst werden. Die Partei würde damit erstmals im Statut das Ziel einer gleichen Beteiligung von Frauen und Männern an Parteiämtern und öffentlichen Mandaten festschreiben.

Die wesentlichen Punkte sind:

Für Gruppenwahlen bei Vorständen, wie z.B. der Wahl von zwei oder mehr Stellvertretern und Beisitzern, gilt ab dem 1.1.2021 eine Quote von einem Drittel Frauen ab der Kreisebene. Ab 1.1.2023 steigt die Quote auf 40 Prozent und ab 1.1.2025 auf 50 Prozent.

Sollten nicht genügend Frauen kandidieren, bestimmt die Anzahl der kandidierenden Frauen die Frauenquote. Wird die jeweilige Quote nicht eingehalten, bleibt diese Position unbesetzt.

Für Delegiertenwahlen gilt eine dynamische Quote. Ab dem 1.1.2021 gibt es eine Quote von einem Drittel Frauen. Ab einem Mitgliederanteil von 30 Prozent Frauen gilt eine Quote von 40 Prozent, der bei einem Mitgliederanteil von 40 Prozent auf eine Quote von 50 Prozent steigt. Maßstab ist der Mitgliederanteil im Landesverband.

Für die Aufstellung von Listen für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen kommt eine neue Sollvorschrift für die ersten 10 Listenplätze hinzu. Ab 2023 sollen mindestens 4 Frauen auf den ersten 10 Plätzen sein, ab 2025 mindestens 5. Sie ergänzt die derzeitige Regelung, nach der unter drei aufeinanderfolgenden Plätzen mindestens eine Frau sein soll.

Für Vereinigungen und Sonderorganisationen gelten die neuen Regeln ab 2022, wenn sie nicht zuvor auf Bundesebene abweichende Regelungen getroffen haben.

Zur besseren Einbindung jüngerer Mitglieder soll ab der Kreisebene der/die Vorsitzende oder ein/eine Stellvertreter/in („Jugendstellvertreter“) unter 40 Jahre sein.

Eltern sollen auch bei Geburt eines Kindes ihr politisches Amt fortführen können. Bis 18 Monate nach der Geburt eines Kindes können sie ihr Amt bis zu einem Jahr ruhen lassen, um es dann wieder voll wahrzunehmen. Während der politischen Elternzeit soll eine Abwahl nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit möglich sein.

Auf allen Ebenen wird die CDU aktiv auf Frauen zugehen, um sie für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Zudem soll die Parteiarbeit für Frauen durch thematische Veranstaltungen, Patenprogramme, feste Anfangs- und Endzeiten für Sitzungen sowie mehr digitale Angebote, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteiarbeit erleichtern, attraktiver werden.

Eine Ombudsperson wird künftig als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und Fällen von Diskriminierung aktiv entgegenwirken.

3.3.2. Frauen in Führungspositionen

Mit dem Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (Zweites Führungspositionengesetz) wurden am 11.6.2021 erstmals verbindliche Vorgaben für mehr Frauen auch in Vorständen von Unternehmen und in großen Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie den Krankenkassen vereinbart. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Annette Widmann-Mauz MdB hat als Mitglied der zuständigen Koalitionsarbeitsgruppe und Verhandlungsführerin der B-Seite im Vorfeld maßgeblich an der Einigung für das Gesetz zwischen den Koalitionspartnern mitgewirkt.

Hier die wichtigsten Regelungen des Zweiten Führungspositionengesetzes:

- In Vorständen von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen, die mehr als drei Mitglieder haben, muss künftig mindestens ein Mitglied eine Frau sein.
- Unternehmen müssen künftig begründen, wenn sie eine Zielgröße Null für den Vorstand und die beiden obersten Führungsebenen festlegen. Im Handelsbilanzrecht werden jeweils entsprechende Berichtspflichten eingeführt. Werden diese nicht eingehalten, erfolgen Sanktionen.
- Für Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes gilt – unabhängig von Börsennotierung oder Mitbestimmung – bereits bei mehr als zwei Mitgliedern im

Geschäftsführungsorgan eine Mindestbeteiligung von einer Frau und einem Mann. Für den Aufsichtsrat wird eine fixe Mindestquote von 30 Prozent Anwendung finden.

- In Körperschaften des öffentlichen Rechts im Bereich der Sozialversicherung – mehrköpfige Vorstände der gesetzlichen Krankenkassen, die Geschäftsführungen der Renten- und Unfallversicherungsträger, das Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie den Vorstand der Bundesagentur für Arbeit – wird eine Mindestbeteiligung von einer Frau und einem Mann eingeführt.
- Die Vorgaben des Bundesgremienbesetzungsgesetzes werden auf Aufsichtsgremien und wesentliche Gremien ausgeweitet, bei denen der Bund zwei Mitglieder bestimmen kann. Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2025 wird im Bundesgleichstellungsgesetz gesetzlich festgeschrieben.
- „Stay on Board“: Weibliche Vorstandsmitglieder erhalten einen Anspruch auf Mutterschutz entsprechend den gesetzlichen Mutterschutzfristen. Weitere Auszeiten für Elternzeit, Pflege von Angehörigen und Krankheit von Frauen und Männern sind bis zu drei Monate möglich, wenn nicht wichtige unternehmerische Interessen dagegensprechen.

3.3.3 Interfraktionelles Frauentreffen zur Parité

Nach den Feierlichkeiten zu 100 Jahre Frauenwahlrecht bildete sich im Jahr 2019 eine interfraktionelle Gruppe von weiblichen Abgeordneten aus den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen an der auch die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB teilnahm. Mitinitiatorin war Yvonne Magwas MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Thema der Zusammenkünfte waren auch Überlegungen für ein Paritätsgesetz. Ein Ergebnis des politischen Wirkens dieser Runde ist die Konstituierung der Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit am 23. Juni 2021. Zu den Themen der Kommission zählen: die Begrenzung der Vergrößerung des Deutschen Bundestages und die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern im Parlament, die Modernisierung der Parlamentsarbeit, die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und die Dauer der Legislaturperiode, die Begrenzung der Amtszeiten des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin sowie die Bündelung von Wahlterminen.

3.4 Gewalt gegen Frauen

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen war einer der Schwerpunkte der Frauenpolitik der unionsgeführten Bundesregierung in dieser Legislatur. Trotz vieler Anstrengungen zum Gewaltschutz bleibt das Problem virulent. Die Corona-Pandemie hat nicht nur ein Schlaglicht auf die häusliche Gewalt gegen Frauen geworfen, sondern auch auf das Prostitutionsmilieu. Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen im Netz hat an Umfang und Schärfe deutlich zugenommen.

3.4.1 Sexkaufverbot

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Bundesvorstandes der Frauen Union im Berichtszeitraum ist die menschenrechtliche Situation von Prostituierten. Der Beschluss des Bundesvorstandes vom 29.06.2020 „Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen.“ fordert, die Achtung der Menschenwürde und Selbstbestimmung von Frauen in den Mittelpunkt der Gesetzgebung zu rücken. Der Körper einer Frau ist keine Ware und Prostitution kein Beruf wie jeder andere. Prostituierte brauchen wirksamen Schutz, reale Ausstiegshilfen und konkrete Berufsalternativen!

Gegner eines Sexkaufverbots argumentieren, Prostitution werde gern als das „älteste Gewerbe der Welt“ beschrieben, welches es immer geben werde, daher ein Sexkaufverbot sinnlos sei. Auch Befürwortern ist klar, dass Prostitution auch durch ein Verbot nicht völlig verschwindet. Die gesellschaftliche Haltung zur Prostitution müsse sich aber verändern. Dabei solle der Sexkauf stigmatisiert werden, nicht die Prostituierten. Der Schutz der Prostituierten müsse dabei stärker in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Bemühens rücken. Es sei Zeit, im Bereich der Prostitution neue Wege zu gehen.

Zur inhaltlichen Vorbereitung des Beschlusses des Bundevorstandes wurde am 25. Mai 2020 ein digitales Fachgespräch zum Thema „Nordisches Modell - Eine Alternative für Deutschland zur Eindämmung der Zwangsprostitution, von Menschenhandel und Geldwäsche?“ durchgeführt. Die Expertinnen und Experten Sabine Constabel, Sozialarbeiterin und Gründerin von Sisters e.V., Sylvia Pantel MdB, Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Prostituiertenschutzgesetz, Per Thönessen, Botschafter Schwedens in Deutschland und Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, Parlamentarische Staatssekretärin, vermittelten einen guten Überblick. Im Rahmen der Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union wurden die inhaltlichen Problemlösungen vertieft.

Mit dem Beschluss des Bundesrates zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - effektivere Bekämpfung von Nachstellungen und bessere Erfassung des Cyberstalkings sowie Verbesserung

des strafrechtlichen Schutzes gegen Zwangsprostitution vom 25.6.2021 wird zum Schutz von Prostituierten die Freierstrafbarkeit ausgeweitet. Freier machen sich künftig bei sexuellen Handlungen mit Zwangsprostituierten nicht nur strafbar, wenn sie vorsätzlich handeln, sondern auch dann, wenn sie zumindest leichtfertig verkennen, dass es sich um Zwangsprostitution handelt. Mit dieser Verschärfung der gesetzlichen Regelungen der Freierstrafbarkeit bei Zwangsprostitution und einem Hilfsprogramm für schwangere Prostituierte wurden konkrete Maßnahmen vom Deutschen Bundestag auf den Weg gebracht.

Weiterhin fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ab dem 1. August 2021 insgesamt fünf Projekte zur Umstiegsberatung von Menschen in der Prostitution.

Im Oktober 2019 gründete sich der Parlamentskreis „Prostitution wohin?“. Initiiert wurde er von den Bundestagsabgeordneten Leni Breymaier (SPD), Vorstandsmitglied von SISTERS für den Ausstieg aus der Prostitution e.V., und Frank Heinrich (CDU), Vorsitzender von Gemeinsam gegen Menschenhandel e.V. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB gehört diesem Parlamentskreis an. Gemeinsam mit weiteren Bundestagsabgeordneten forderte sie zu Beginn der Pandemie, Bordelle auch nach den ersten Lockerungen weiter geschlossen zu halten und gesetzliche Veränderungen voranzubringen.

3.4.2. Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen im Netz

Im Internet und insbesondere in den sogenannten sozialen Medien ist eine zunehmende Verrohung der Kommunikation zu beobachten. Mit dem Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität soll eine effektive Strafverfolgung ermöglicht werden. Die Frauen Union hat dabei besonders den Blick auf Frauen gerichtet, da diese besonders oft herabgewürdigt, beschimpft, beleidigt und bedroht werden – nur weil sie Frauen sind.

Am 24. März 2021 diskutierten die Mitglieder der Frauen Union im digitalen Fachgespräch zu Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen mit den Expertinnen Eva Kühne-Hörmann, hessische Justizministerin, Anna-Lena von Hodenberg, Geschäftsführerin HateAid und Gloria Müller, Mitglied im Landesvorstand Junge Union NRW über die Strategien zur Bekämpfung von Hate Speech. Das Gesetz gegen Hasskriminalität wurde am 30 März 2021 verkündet. Mit dem Beschluss des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU vom 23.04.2021 - Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen im Netz erkennen, benennen und bekämpfen werden weitere Maßnahmen gefordert. Die Frauen Union fordert mehr Transparenz über frauenfeindliche Straftaten. Sie müssen künftig in der Polizeilichen Kriminalstatistik eigens erfasst werden. Die Strafverfolgungsbehörden brauchen im Netz wie in der analogen Welt hinreichende Ermittlungswerkzeuge. Deshalb muss die derzeit ausgesetzte Vorratsdatenspeicherung wieder eingeführt werden.

3.5 Digitale Kreisvorsitzenden-Konferenz am 19. September 2020 in Berlin

Die erste digitale Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union der CDU war im ersten Teil geprägt von einem Austausch der Kreisvorsitzenden mit der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer zu mehr Frauen in der CDU und in den Parlamenten. „Frauen sind entscheidend, wenn wir Wahlen gewinnen wollen. Neue Frauen lassen sich nur gewinnen, wenn die CDU personell, inhaltlich und in der Mitwirkung attraktiv ist“, betonte die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB in der Diskussion. Hier ziehen die beiden Vorsitzenden an einem Strang. Annegret Kramp-Karrenbauer sagte deutlich: „Mit unserem Vorschlag setzen wir ein Zeichen dafür, den Anteil an Frauen in unserer Partei zu stärken. Es muss sich unbedingt strukturell etwas ändern, deshalb kämpfe ich weiter für die Frauenquote.“

Im Rahmen der digitalen Kreisvorsitzenden-Konferenz wurde auch das Geburtstagsvideo anlässlich des 70. Geburtstages der Ehrenvorsitzenden der Frauen Union Prof. Dr. Maria Böhmer Staatsministerin a.D. präsentiert. Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter wie Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, die Vorsitzende CDU Deutschlands Annegret Kramp Karrenbauer, die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB, die FU Ehrenvorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth Bundestagspräsidentin a.D., die Vorsitzende CDU Rheinland-Pfalz Julia Klöckner, Christian Baldauf MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, die ehem. Vorsitzende der Frauen-Union CSU a.D. Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP, Bundespräsident a.D. Christian Wulff, der Vorsitzende der CDA Deutschlands Karl Josef Laumann, Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Hertie-Stiftung, Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF, Annette Schavan Bundesministerin a.D., Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel und die Botschafterin Frankreichs Anne-Marie Descôtes hatten persönliche Videobotschaften gesendet, die zu einem Geburtstagsvideo zusammengebunden wurden.

Im zweiten Teil führte die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB in das Thema "Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen ein". Tatsächlich hat gerade der Lockdown im Frühjahr offenbart, wo die Schwachstellen der Gesetzgebung im Bereich Prostitution liegen und das ganze Elend vieler betroffener Frauen offenbart, über 90 Prozent kommen aus dem Ausland. Menschenhandel und Armut sind vielfach der Hintergrund. Corona bot den Anlass, innezuhalten und neu zu überlegen.

Der Bundesvorstand der Frauen Union hat sich nach intensiven Beratungen am 29.6.2020 für einen Perspektivwechsel in der Prostitution, für ein Sexkaufverbot und für besseren Schutz von Frauen ausgesprochen.

Die Psychologische Psychotherapeutin Dr. Ingeborg Kraus, die ehemalige Betroffene von Menschenhandel und Prostitution und Mitglied von Sisters e.V. Sandra Norak und Kriminaloberrat a. D. Helmut Sporer gaben den Input mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise, der sich eine rege Diskussion anschloss.

3.6 34. digitaler Parteitag der CDU am 15./16. Januar 2021 in Berlin

Am 10. Februar 2020 kündigte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Rückzug vom Parteivorsitz an. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte jedoch kein Präsenzparteitag im Jahr 2020 stattfinden, woraufhin sich die Parteigremien auf einen digitalen Parteitag mit anschließender Briefwahl im Januar 2021 verständigten. Bis Mitte Oktober wurden die Kandidaten Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen offiziell nominiert. Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands hat sich zur Vorbereitung des CDU-Bundesparteitags und der Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden in einem transparenten Verfahren mit den drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz auseinandergesetzt. In Abstimmung mit den Kandidaten fand zunächst ein direkter persönlicher Austausch statt, bei dem alle drei jeweils einzeln virtuell zu Gast in den Vorstandssitzungen waren. Daran anschließend wurde ihnen ein Katalog von 23 Fragen übermittelt, auf den sie jeweils auch schriftlich geantwortet haben. Die Beantwortung fiel dabei nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Form unterschiedlich aus. Darüber hinaus gab es für die Bewerber noch die Möglichkeit, auf jeweils 3 Fragen mündlich in Form eines Kurz-Videos zu antworten. Die schriftlichen wie die mündlichen Antworten wurden auf der FU-Website und den Social-Media-Kanälen eingestellt und waren für alle FU-Mitglieder zugänglich.

Nach intensiven Beratungen wurde eine Empfehlung für die Wahl des CDU-Vorsitzenden vom Bundesvorstand der Frauen Union ausgesprochen. Die Beratungen im Vorstand prägten Standpunkte, Chancen und Potenziale der Kandidaten. Diese kamen sehr klar zum Ausdruck, insbesondere bei Fragen, wie überzeugend die Bewerber für eine Modernisierung der Partei stehen. Angesichts der Beschlusslage des FU-Bundesdelegiertentags 2019 in Leipzig war für den Bundesvorstand entscheidend, ob die Frauen Union darauf vertrauen kann, dass die in der Partei entwickelten Empfehlungen für eine angemessene Vertretung von Frauen in den Organen der Partei und den Parlamenten tatsächlich vorangetrieben werden. Dabei geht es nicht allein um die Weiterentwicklung des Quorums zu einer verbindlichen Quote oder um die Frage von familienfreundlichen Sitzungszeiten und Kinderbetreuung. Es geht auch um die Frage, wie stark die Mitwirkung von Frauen in der Partei eingefordert, wertgeschätzt und wie dies umgesetzt wird. Am Ende einer langen und breiten Diskussion gab es ein klares Stimmungsbild für Armin Laschet und

Norbert Röttgen als favorisierte zukünftige Parteivorsitzende. Der Vorstand verständigte sich daraufhin, dies so auch öffentlich zu kommunizieren.

Beim Delegiertentreffen der Frauen Union vor dem 33. Parteitag der CDU Deutschlands wurde diese Empfehlung und das Verfahren erläutert und anschließend ausführlich und sachlich diskutiert.

Die 1.001 Delegierten des Parteitags stimmten am Samstag, den 16. Januar 2021, über einen neuen Vorsitzenden der CDU digital ab. Für ein verbindliches und rechtssicheres Wahlergebnis erfolgte anschließend eine schriftliche Schlussabstimmung per Briefwahl. Am Freitag, den 22. Januar 2021, wurde ausgezählt noch am gleichen Tag wurde das Ergebnis der Briefwahl verkündet.

Ministerpräsident Armin Laschet wurde von den Delegierten des Parteitags zum neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB wurde wieder in das Präsidium der CDU Deutschlands gewählt.

3.7 Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlkämpfe

3.7.1 Bundestagswahl

Mit Beschluss des Bundesvorstandes vom 19.05.2021 hat die Frauen Union der CDU Deutschlands ihre Forderungen an das Wahlprogramm der Union formuliert. Gleichstellung muss selbstverständlicher Bestandteil der Politik der Union in allen Bereichen sein. Die Corona-Pandemie hat in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen faktisch zu einem Rollback für Frauen geführt. Als Kernforderung formulierte der Bundesvorstand die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und deren tatsächliche Gleichstellung, die zu Beginn des Wahlprogramms als eine der Grundsätze und maßgeblichen Ziele für das gesamte Programm festzuschreiben sei. Wie ein roter Faden müsse sich diese Forderung durch alle Politikbereiche ziehen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen sei letztlich Grundvoraussetzung für einen handlungsfähigen demokratischen Staat.

Unter dem Motto „Darauf kommt`s uns an! Unsere Forderungen“ fordert die Frauen Union konkret:

- einen Nationalen Aktionsplan Familie zur Entwicklung und kontinuierlichen Begleitung familien- sowie kinder- und jugendpolitischer Konzepte und Vorhaben von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden
- den raschen Ausbau und die stärkere Vernetzung der Kinder- und Jugendsozialarbeit
- mehr Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld

- ein lebensphasenorientiertes, flexibles Familien- und Lebensarbeitszeitkonto
- die Bezahlung nach Tarifvertrag in der Pflege, die Tätigkeit von Betreuungs- und Pflegekräften (24-Stunden-Betreuungskräfte) in Privathaushalten rechtlich absichern, faire Bezahlung in sozialen Berufen
- mehr Frauen als Gestalterinnen und Wegbereiterinnen der Digitalisierung. Ein bundesweites Modellprojekt zur Erprobung phasenweisen geschlechtsspezifischen Unterrichts in den naturwissenschaftlichen Fächern.
- die Förderung von gemischten Teams, Existenzgründungen und mehr Start-ups auch von Frauen
- die Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes, die Anpassung von Berufsbildung und Arbeitsplatzbewertungen sowie faire Entlohnung
- den Zugang zur Arbeitslosenversicherung für Selbständige, eine Pflichtversicherung für Soloselbständige
- die Beschränkung der sozialversicherungsrechtlichen Sonderregelungen bei Mini-Jobs auf Schüler, Studierende und Menschen im Rentenbezug
- die Steigerung der Attraktivität und Ausbau der Beschäftigung am Arbeitsplatz Haushalt
- die ersatzlose Streichung der Lohnsteuerklasse V
- mehr Schutz gegen Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen durch spezifische Erfassung der Gewaltmotive in der amtlichen Kriminalstatistik, antragslose Ermittlung und Verfolgung von entsprechenden Straftaten im Netz, wirksamere Ermittlungsbefugnisse und mehr Verantwortlichkeiten bei Plattformbetreibern
- das Verbot der Prostitution von Heranwachsenden unter 21 Jahren und mit schwangeren Frauen sowie Einführung einer Freierstrafbarkeit für die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen mit Heranwachsenden und schwangeren Frauen
- die Umsetzung der UN-Resolution 1325 zur vollständigen und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Friedens- und Sicherheitsprozessen
- die Reform des Bundeswahlrechts, die Modernisierung der Parlamentsarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Mandat.

Die Forderungen wurden von der Vorsitzenden der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB persönlich an den CDU-Parteivorsitzenden Armin Laschet MdL übergeben. Im Rahmen einer Social-Media-Kampagne wurden die Forderungen täglich kommuniziert. Zusätzlich gab es Newsletter, die über die Forderungen der Frauen Union und die frauen- und familienpolitischen Positionen des Regierungsprogramms informierten. In der heißen Phase des Wahlkampfes veranstaltet die Frauen Union im Rahmen des 34. Digitalen Bundesdelegiertentages am 28.8.2021 unter dem Motto „Darauf kommt`s uns an!“ eine Podiumsdiskussion mit dem Kanzlerkandidaten

der Union Armin Laschet. Zur konkreten Wahlwerbung gibt es einen Türanhänger der Frauen Union.

3.7.2 Landtags- und Kommunalwahlkämpfe

Im Berichtszeitraum fanden 7 Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Hamburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen statt. Die Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt waren angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung.

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB unterstützte die FU-Verbände u.a. beim Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg und den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

3.8 Weitere Arbeitsschwerpunkte

3.8.1 Hebammenversorgung

Eine gute flächendeckende Versorgung von Schwangeren und Gebärenden, sowie gute Arbeitsbedingungen für Hebammen sind ein Grundanliegen der Frauen Union der CDU. Dabei sind für die Frauen Union der CDU folgende Aspekte handlungsleitend:

- Sicherheit für Mutter und Kind
- eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Versorgungsinfrastruktur für klinische und außerklinische Geburten
- gute Arbeitsbedingungen für Hebammen und die Attraktivität des Hebammenberufes

Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU hat deshalb am 31. Januar 2020 ein Fachgespräch zur aktuellen Situation der Geburtshilfe mit Expertinnen und Experten in Berlin durchgeführt, um zu erörtern, inwieweit die bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen greifen und ob gegebenenfalls weiterer Handlungsbedarf besteht. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Geburtshilfe und zur Verbesserung der Situation des Berufsstandes der Hebammen in Deutschland umgesetzt. Die umgesetzten Maßnahmen der Bundesregierung greifen und haben die gesteckten Ziele erreicht. Dennoch gibt es weiteren Handlungsbedarf. Trotz einer grundsätzlich guten flächendeckenden Geburtshilfeinfrastruktur zeigen die Ergebnisse der Studie des IGES-Instituts von 2019 erhebliche

regionale Unterschiede auf. In städtischen Regionen gibt es vor allem in großen Geburtskliniken zeitweise Kapazitätsengpässe und stellenweise Überlastung. Die hohe Unzufriedenheit mit den Arbeitsbelastungen und Arbeitsbedingungen ist ursächlich für die hohe Teilzeit- sowie Dropout-Quote unter den Hebammen. Um die Situation von Frauen unter der Geburt und die Arbeitsbedingungen von Hebammen an Kliniken nachhaltig zu verbessern, sind insbesondere in stark frequentierten Kliniken Maßnahmen zu ergreifen, um zunächst einen tatsächlichen Betreuungsschlüssel bei Gebärenden von mindestens einer Hebamme auf zwei zu betreuende Frauen zu erreichen.

3.8.2 Lieferkettengesetz

Mit dem Beschluss vom Leipziger Bundesdelegiertentag "Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen." fordert die Frauen Union der CDU Deutschlands ein engagiertes Eintreten der Bundesregierung für die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette von Produkten. Diese Forderungen wurden durch Anträge zum CDU-Parteitag, Artikel in der Zeitschrift „Frau & Politik“ der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Maria Flachsbarth MdB, über die Social-Media-Kanäle und die Homepage der Frauen Union öffentlichkeitswirksam zur Unterstützung des Gesetzentwurfs von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller MdB begleitet. Am Juni 2021 billigte der Bundesrat das Gesetz über unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten.

3.8.3 Equal Pay

Die Frauen Union fordert die Abschaffung der Lohnsteuerklasse V, die dazu führt, dass der Wert der Erwerbstätigkeit von Frauen systematisch unterschätzt wird. Denn damit erhalten sie weniger Nettolohn vom Bruttogehalt. In der Krise, wenn es um die Absicherung durch Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld geht, wenn ein Baby da ist oder längere Krankheit die Berufstätigkeit unterbricht, stellen viele überrascht fest, dass auch hier die Steuerklasse V zu geringeren Lohnersatzleistungen führt.

3.8.4 Familien stärken, Kinder fördern

Die bessere Unterstützung und Förderung von Kindern und Familien ist ein Schwerpunkt der Politik der Union. Familienpolitik ist ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Dies ist auch ein Erfolg der Arbeit der Frauen Union der CDU Deutschlands.

Mit der Elterngeld-Reform wird das Elterngeld noch flexibler, partnerschaftlicher und einfacher. Durch mehr Teilzeitmöglichkeiten, weniger Bürokratie und mehr Elterngeld für besonders Frühgeborene. Die neuen Regelungen gelten für Geburten ab 1. September 2021. So werden Eltern unterstützt, Familienleben und Beruf noch besser zu vereinbaren und Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf wird weiter gestärkt.

Die finanzielle Situation junger Familien wurde spürbar verbessert. CDU und CSU haben sich dafür stark gemacht, das Kindergeld deutlich zu erhöhen. Mit den Familienentlastungsgesetzen wurde das Kindergeld um insgesamt 25 Euro je Kind erhöht. Für das erste und das zweite Kind beträgt es jetzt 219 Euro. Für das dritte Kind 225 Euro. Für das vierte und jedes weitere Kind 250 Euro. Entsprechend beträgt der steuerliche Freibetrag im Jahr 2021 für Kinder 5.460 Euro und der Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf der Kinder 2.928 Euro.

Hinsichtlich des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler wurde in dieser Legislaturperiode einen bedeutender Schritt nach vorn gemacht. Jedes Kind, das ab Sommer 2026 eingeschult wird, soll in den ersten vier Schuljahren Anspruch auf einen Ganztagsplatz bekommen. Damit hätte ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. In der finanziellen Abstimmung bedarf es gegenwärtig einer Neuverhandlung und finalen Einigung von Bundestag und Bundesrat, diese ist derzeit noch nicht terminiert.

Die Frauen Union setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass die Ganztagsbetreuung mit Chancenangeboten für Bildung verbunden wird. Das können sowohl Nachhilfe als auch Angebote zum Umgang mit Computer und digitalen Lernformen oder Sprachunterricht für Kinder aus sozial schwachen und Einwandererfamilien sein.

Der Bundesvorstand der Frauen Union hat sich frühzeitig dafür eingesetzt, dass Kinder und Jugendliche nach der Corona-Pandemie nicht den Anschluss verlieren. Sie verdienen bestmögliche Chancen auf gute Bildung und persönliche Entwicklung. Deshalb gilt es, Lernrückstände abzubauen, mit Ferienfreizeiten soziale Kompetenzen zu stärken und Kinder gerade aus bedürftigen Familien zu unterstützen. Mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ sollen pandemiebedingte Lernrückstände aufgeholt werden. Der Bund gibt den Bundesländern dafür zwei Milliarden Euro zusätzlich für die Jahre 2021 und 2022. Das Aufholpaket besteht aus vier

starken Säulen. Neben Lernrückständen liegt der Fokus auf der frühen Bildung, dem Ausbau von Ferienfreizeiten und außerschulischen Angeboten und Investitionen, um Kinder und Jugendliche in ihren sozialen Kompetenzen zu stärken.

3.8.5 Kinderschutz

Der Schutz von Kindern vor Gewalt und Missbrauch ist ein weiterer politischer Schwerpunkt der unionsgeführten Bundesregierung und der Frauen Union. Auf Initiative der Frauen Union der CDU hatte der CDU-Parteitag mit dem Beschluss C6 „Kinder brauchen Schutz und Beistand“ 2018 einen umfangreichen Forderungskatalog verabschiedet. Mit dem am 25. März 2021 verabschiedeten Gesetz gegen sexuellen Kindesmissbrauch traten zahlreiche Strafschärfungen in Kraft. Künftig wird der Kindesmissbrauch als Verbrechen und damit im Mindestmaß mit einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet. Zusätzlich ist der Vertrieb, Erwerb und Besitz von Kindersexpuppen strafbar.

3.8.6 Aufwertung sozialer Berufe und Stärkung der Pflege

Die Aufwertung sozialer Berufe sowie die Stärkung der Pflege sind zentrale Anliegen der Frauen Union der CDU. Die Forderungen der Frauen Union der CDU für das Wahlprogramm der Union beinhalten die Bezahlung nach Tarifvertrag in der Pflege. Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung sollen deshalb daran geknüpft werden, dass Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen Pflegekräfte nach anerkannten Tarifverträgen entlohnen. Um die Kosten für zu Pflegende und Angehörige zu begrenzen, soll eine Deckelung der Eigenanteile festgeschrieben werden. Viele Pflegebedürftige wünschen sich in ihrer häuslichen Umgebung bleiben zu können. Die Frauen Union will die Rahmenbedingungen dafür verbessern, indem die Tätigkeit von Betreuungs- und Pflegekräften (24-Stunden-Betreuungskräfte) in Privathaushalten rechtlich absichert wird. Um besser auf die Bedürfnisse von zu Pflegenden und ihren Angehörigen eingehen zu können, werden mehr Mischmodelle ambulanter und stationärer Versorgung benötigt. In der stationären Versorgung wollen wir mehr Individualität und Eigenverantwortung der Angehörigen möglich machen. Eigenanteile könnten so im Einzelfall gesenkt werden.

4 PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Social Media ist in der politischen Kommunikation eine Säule und wurde deshalb kontinuierlich ausgebaut. Während die Homepage weiter als Grundinformation von interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie von Mitgliedern genutzt wird, spielen Facebook und Twitter eine tragende Rolle für die zeitnahe unmittelbare Information unserer Zielgruppen und von Journalisten.

Weiterhin verlangen die klassischen Medien exklusive Zitate oder Statements und fragen die Positionen der Frauen Union der CDU Deutschlands direkt an.

4.1 Pressearbeit

Pressemitteilungen sowie Interviews, Hintergrundgespräche und schriftliche Beiträge der Vorsitzenden der Frauen Union der CDU Deutschlands Annette Widmann-Mauz MdB sind weiter die Basis der Arbeit mit klassischen Medien. Darüber hinaus hat die Bundesgeschäftsstelle durch die Beantwortung von schriftlichen und mündlichen Presseanfragen die Öffentlichkeit regelmäßig über die Positionen der Frauen Union der CDU zum aktuellen Tagesgeschehen informiert.

Zusätzlich hat die Bedeutung von Podcasts zugenommen. Dieses Format ermöglicht zum Teil vertiefte Einblicke in die Politik. Podcasts wie der Phoenix-Politik-Podcast „unter 3“, „Pretzels & Politics“ oder auch ein eigener Podcast der Frauen Union Tübingen zum Kinderschutz zeigen die Bandbreite des Angebots, denen die Vorsitzende der Frauen Union der CDU zum Gespräch zur Verfügung stand. Im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr Frauen in Ämtern und Mandaten sowie dem Kandidatenwettbewerb um den CDU-Vorsitz war Annette Widmann-Mauz eine gefragte Interviewpartnerin für TV-Sender wie ARD, ZDF und SWR. Neue Videoformate wie das Spitzengespräch des Spiegels mit Markus Feldenkirchen kamen dazu. Auch für länderübergreifende Produktionen zu "Starke Frauen" auf 3Sat stand Annette Widmann-Mauz als Interviewpartnerin bereit.

Im Berichtszeitraum waren folgende Themen von besonderem Interesse: Erhöhung des Frauenanteils in politischen Ämtern und Mandaten, Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen, ein Sexkaufverbot und die Situation von Prostituierten und das Zweite Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II), das Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie die Positionierung der Frauen Union im Zusammenhang mit der Wahl des CDU-Vorsitzenden.

4.2 Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeit und Mitglieder werden regelmäßig auf unterschiedlichen Wegen über die Positionen und Aktivitäten des FU-Bundesverbands und der Bundesgeschäftsstelle informiert. Über die Homepage können sich Interessenten für den Newsletter eintragen, der regelmäßig versandt wird. Die Frauen Union nutzt verschiedene Kommunikationskanäle, um alle Zielgruppen zu erreichen und um Inhalte unterschiedlich aufbereitet zu vermitteln.

4.2.1 Homepage, Blog „Auf den Punkt.“, Newsletter

Die Homepage der Frauen Union der CDU - www.frauenunion.de - bietet aktuelle Informationen über alle Aktivitäten und die Beschlüsse der Frauen Union auf Bundesebene. Für FU-Landesverbände, die die technischen Voraussetzungen mitbringen, besteht die Möglichkeit, die Rubrik „Aktuell“ automatisch für ihre eigene Homepage zu übernehmen.

Zusätzlich hat die Frauen Union der CDU eine neue Plattform für den Meinungsaustausch zu aktuellen auch kontrovers diskutierten Fragen. Der neue Blog „Auf den Punkt.“ ist Teil der Homepage der Frauen Union. Die sachliche Debatte und der Austausch von Argumenten sind Kern jeder politischen Meinungsbildung. Mit „Auf den Punkt.“ gibt es nun ein Forum, das mehr Raum bietet, als pointierte Sätze in den Sozialen Medien und das verschiedene Auffassungen zu Wort kommen lässt. Den Auftakt setzten die Bundestagsabgeordneten Bettina M. Wiesmann und Dr. Saskia Ludwig zur gendergerechten Sprache.

Die Abonentinnen und Abonnenten des Newsletters der Frauen Union der CDU wurden zu folgenden Themen informiert:

- 33. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU
- 32. Parteitag der CDU Deutschlands
- „Die CDU muss bleiben, wo sie inhaltlich ist – in der Mitte“ - Dank und Respekt für Annegret Kramp-Karrenbauer
- Internationaler Frauentag: Nägel mit Köpfen machen!
- Herzlichen Glückwunsch Maria Böhmer
- Corona-Krise: Schnelle Anpassungen für Familien beim Elterngeld
- Verdienstausfallentschädigung für Eltern verlängern
- Internationaler Frauentag: Nägel mit Köpfen machen!

- Kraftpaket für Deutschland – Kraftpaket für Familien
- Frauen in Führungspositionen: Zielgröße Null ist inakzeptabel!
- Kinder brauchen Schutz und Beistand – Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen
- Ziel: Gleiche Beteiligung von Frauen und Männern in der CDU
- Dein Deutschland. Deine Ideen. Macherinnen gefragt!
- Stopp den Frauenhass im Netz
- Darauf kommt`s uns an! Unsere Forderungen für das Wahlprogramm der Union
- Chefin? – na klar! Gesetz für Frauen in Führungspositionen verabschiedet
- #guterPlan für Deutschland
- Auf den Punkt. – Der neue Blog der Frauen Union

4.2.2 Social-Media-Kanäle

Über den Facebook- und Twitter-Account informiert und kommentiert die Frauen Union der CDU Deutschlands annähernd täglich Aktuelles aus dem politischen Tagesgeschehen mit dem Schwerpunkt auf Frauen- und Familienpolitik. Um auch Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, auf ihren Social-Media-Accounts durch die Verwendung von Bildern eine höhere Reichweite zu erzielen, bietet die Frauen Union der CDU jetzt einen Kachelgenerator für Facebook und Twitter auf dem CDU Kreativportal an, welches an das neue CDU-Design angepasst ist. Darüber hinaus kann auf die CDU-Bilddatenbank zugegriffen werden. Interessierte Kreisverbände haben dazu eine digitale Schulung durch die FU-Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Die Social-Media-Kanäle haben sich zu einem unverzichtbaren Instrument für die Kampagnenarbeit der Frauen Union der CDU entwickelt, da sich Nachrichten, Positionen und Ziele schnell und mit großer Reichweite vermitteln lassen. Einen Einblick in den strategischen Einsatz der Social-Media-Kanäle konnten Mitglieder des Bundesvorstandes der Frauen Union in einem Twitter-Workshop mit dem Büroleiter des CDU-Bundesgeschäftsführers gewinnen.

4.2.3 „Frau & Politik“

Zu den Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU gehörte auch seit 1955 die Herausgabe der Zeitschrift „Frau & Politik“, welche nicht nur zum Informationsaustausch innerhalb der Frauen Union beitrug, sondern über neueste Entwicklungen in der politischen Diskussion berichtete. Grundlage jeder Ausgabe war ein Schwerpunktthema. Alle redaktionellen Arbeiten wurden in der Bundesgeschäftsstelle erledigt. Die Abonnementzeitschrift war zuletzt auch auf der

Homepage nachzulesen und wurde mit guten Zugriffszahlen über Social Media beworben. Die Zahl der Abonentinnen war über die Jahre immer weiter rückläufig.

Der Bundesvorstand der Frauen Union hat beschlossen, die Präsenz des Bundesverbandes im Internet und den sozialen Medien zu verstärken. Der Austausch von Informationen und Argumenten verlangt heute vor allem eine zeitnahe und zielgenaue Information für Mitglieder sowie für Bürgerinnen und Bürger. Die neuen Medien bieten in viel stärkerem Maße die Möglichkeit, unmittelbar miteinander in Kontakt zu treten und zu interagieren.

Seit 1955 war die „Frau & Politik“ das Sprachrohr der Frauen Union der CDU. Nach 65 Jahren wurde das gedruckte Verbandsorgan zum Ende des Jahrgangs 2020 als Abonnementzeitschrift eingestellt und wird nur noch zu besonderen Gelegenheiten als Printprodukt bzw. als Sonderausgabe aufgelegt werden.

Die „Frau & Politik“ ist nach dem 33. Bundesdelegiertentag im September 2019 in 7 Ausgaben bis zur Einstellung erschienen:

Ausgabe 4/19	„#Mut Macht Mehr Möglich“
Ausgabe 5-6/19	„Jüdisches Leben“
Ausgabe 1/20	„Bauen-Wohnen“
Ausgabe 2/20	„Krisenmanagerinnen“
Ausgabe 3/20	„Gewalt gegen Frauen“
Ausgabe 4-5/20	„Digitale Bildung“
Ausgabe 6/20	„Politische Kommunikation“

4.2.4 Kampagnen, aktuelle Materialien und Werbemittel

Mit Beginn der Pandemielage und dem ersten Lockdown hat die Frauen Union auf allen Ebenen über ihre Social-Media-Kanäle dafür geworben, Zuhause zu bleiben. In einigen Landesverbänden wurden Masken genäht und verteilt, um die Engpässe an Nasen-Mundschutz zu lindern. Unter dem Motto #unverzichtbar wurde in den sozialen Medien auf insbesondere auf Frauen aufmerksam gemacht, die sonst weniger im Mittelpunkt stehen und die z.B. als Mütter, Krankenschwestern, Reinigungskräfte, Verkäuferinnen unverzichtbar für unsere Gesundheit, unser Zusammenleben und unser aller Zukunft sind.

In einem zweiten Schritt wurde der Kachelgenerator der Frauen Union auf CDUplus eingestellt, um so die Corporate Identity der Frauen Union in den sozialen Netzwerken zu stärken.

Für die Kampagne zum Internationalen Frauentag am 8. März 2021 und Equal Pay Day am 10. März 2021 wurde zum Motto „Mehr Netto vom Brutto! – Steuerklasse V abschaffen!“ entsprechendes Material zur Verfügung gestellt. Die Frauen Union fordert die Abschaffung der Lohnsteuerklasse V, die dazu führt, dass der Wert der Erwerbstätigkeit von Frauen systematisch unterschätzt wird. Denn damit erhalten sie weniger Nettolohn vom Bruttogehalt. In der Krise, wenn es um die Absicherung durch Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld geht, wenn ein Baby da ist oder längere Krankheit die Berufstätigkeit unterbricht, stellen viele überrascht fest, dass auch hier die Steuerklasse V zu geringeren Lohnersatzleistungen führt. Weitere Informationen und Argumente gab es dazu in einem Argumentationspapier. Neben Musterkacheln gab es auch für das Facebook-Profilbild ein eigens gestaltetes Logo zum Equal Pay Day. Optisch wurde mit dem Profilrahmen und den Kacheln, die an unseren werblichen Auftritt angepasste Werbelinie der CDU zur Bundestagswahl aufgegriffen.

Die Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zeigten, wie wichtig für die Zielgruppe der Frauen Union der CDU neben einem digitalen Wahlkampf die persönliche Ansprache ist. Gerade ältere Menschen sind viel seltener durch eine E-Mail oder über Soziale Medien zu erreichen. Zudem hat die Pandemie über lange Zeit, viele persönliche Kontakte unmöglich gemacht. Das gilt für unsere Mitglieder ebenso wie für unsere Wählerinnen und Wähler. Daher wurde im Vorfeld des Muttertages am 9. Mai 2021 eine FU!-Muttertagskarte im Postkartenformat angeboten. Die Postkarten wurden nicht nur an Canvassingständen verteilt, sondern auch per Post an Frauen verschickt.

Selbstverständlich konnten die Postkarten auch traditionell als Rosen- bzw. Tulpenkarten genutzt werden. Zahlreiche Bundestagsabgeordnete sowie Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen haben sich an der Aktion beteiligt und konnten so auf Frauen zugehen und das Engagement der CDU für sie und ihre Familien deutlich machen.

Mit der Mitgliederbeauftragten im Bundesvorstand hat die Mitgliedergewinnung und -betreuung mehr Gewicht bekommen. Die Mitgliederbeauftragten haben so eine Ansprechpartnerin auch im Bundesvorstand der Frauen Union. Der Informationsaustausch und Kampagnen können so besser

koordiniert werden. Der Bundestagswahlkampf ist eine ideale Gelegenheit, mit Bürgerinnen ins Gespräch zu kommen und sie als Mitglied der Frauen Union und der CDU zugewinnen. Unter dem Motto „Auf Dich kommt’s an!“ hat die Frauen Union im Juli 2021 eine daher neue Mitgliederwerbekampagne gestartet. Die Mitgliederbeauftragte Jessica Weller hatte diese vorher im Bundesvorstand und bei der ersten digitalen Mitgliederbeauftragten-Konferenz vorgestellt. Konkretes Ergebnis dieser ersten digitalen Zusammenkunft ist die Erstellung eines Mitgliederbeauftragten-Verteilers. Die Verbände sind dazu aufgerufen sich an der Social-Media-Kampagne über den Sommer hinweg zu beteiligen. Neben der Bundes-Social-Media-Präsenz ist das Ziel, auf allen Accounts der Frauen Union auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene tatkräftig zu kommunizieren und die vorbereiteten Kacheln und Begleittexte teilen. Es ist selbstverständlich auch möglich und gewünscht, die Texte regional anzupassen. In den Begleittexten zu den Kacheln soll auf den Online-Mitgliedsantrag auf der Website der Frauen Union verlinkt werden. Neben der Social-Media-Kampagne ermöglicht der Fragebogen zum Thema „Corona“, mit Frauen vor Ort ins Gespräch kommen und sie als Mitglied gewinnen.

Zusätzlich zu der bekannten Grundausstattung der Werbemittel und Materialien der Frauen Union wurden den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden die neu gestaltete FU!-Beachbanner und FU!-Tischlogos zur gezielten Bestellung angeboten. Neu im CDU Shop ist die Glückwunschkarte der Frauen Union für unterschiedliche Anlässe, die FU!-Maske und der FU!-Türanhänger für den Bundestagswahlkampf. Ein neu gestalteter FU!-Schal ist in Produktion.

Das Angebot der UBG für das Homepage Baukastensystem und Drupal besteht weiter.

5 VEREINIGUNGSFINANZIERUNG

Damit die Arbeit der Frauen Union der CDU langfristig auf gleichem Niveau möglich ist, ist eine stärkere Einwerbung von Spenden und Sponsoring wichtig. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz MdB und die Schatzmeisterin Petra Averbek haben dies unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie fortgeführt. Um eine Zusammenarbeit mit Sponsoren auch bei digitalen Veranstaltungen, insbesondere für den digitalen Bundesdelegiertentag 2021, wurde intensiv geworben. Ausstellungen waren pandemiebedingt nicht möglich.

Freundeskreis der Frauen Union der CDU

Der 2017 ins Leben gerufene Freundeskreis der Frauen Union wurde fortgeführt. Diesem Freundeskreis können Männer wie Frauen beitreten, die die Frauen Union der CDU Deutschlands sowohl ideell als auch finanziell unterstützen möchten. Damit soll die Spendenakquise langfristig

auf eine stetigere Basis gestellt werden. Die Ansprache der Unterstützerinnen und Unterstützer erfolgt persönlich und individuell.

6 EUROPÄISCHE FRAUEN UNION (EFU) – DEUTSCHE SEKTION

Deutsche Sektion der Europäischen Frauen Union

Unter Leitung der Vorsitzenden der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen Union Walburga von Lerchenfeld (CSU) fand am 29. November 2019 die Vollversammlung der Deutschen Sektion der EFU im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin statt.

Walburga von Lerchenfeld informierte über die Beschlüsse und Diskussionen des EFU International Council Meetings, welches vom 13. – 16. Juni 2019 in Wien stattfand. Das EFU Council hat einen neuen Vorstand und neue Kommissionsvorsitzende gewählt. Die EFU hat eine neue Satzung verabschiedet. Die nationalen Sektionen der EFU müssen nun prüfen, ob sie unter der neuen Satzung weiterhin die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der EFU erfüllen. Die EFU selbst ist als Nichtregierungsorganisation definiert. Die Justiziere der CDU und der CSU wurden um Überprüfung ersucht. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB, berichtete von den aktuellen Themen der Frauen Union der CDU Deutschlands sowie vom 33. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU in Leipzig.

Die Präsidentin der Frauen in der Europäischen Volkspartei Dr. h.c. Doris Pack berichtete von der Arbeit der EVP-Frauen. Das aktuell dominierende Thema bei den EVP-Frauen ist das Thema einer Frauenquote in politischen Ämtern und Mandaten.

Dr. Klaus Naumann, General a.D. des Heeres der Bundeswehr, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, sprach zum Thema „Sicherheit für Europa in einer turbulenten Zeitenwende“. Er plädierte dafür, dass Deutschland im Bereich Verteidigungs- und Sicherheitspolitik umdenken müsse. Deutschland und auch Europa müssten eine stärkere Verantwortung in der Welt übernehmen. Um dies zu ermöglichen, müssten mehr finanzielle Mittel für die Reparatur der Sicherheitsorgane in die Hand genommen werden.

Die für das Jahr 2020 satzungsmäßig vorgesehene Vollversammlung mit Neuwahlen der Deutschen Sektion der EFU wurde aufgrund der Coronalage verschoben.

EFU

Bei der Ratsversammlung der Europäischen Frauen Union (EFU) am 13.-16. Juni 2019 in Wien wurde die EFU-Präsidentin Margaret Hales (Großbritannien) in ihrem Amt bestätigt. Walburga von Lerchenfeld (Deutschland/CSU) kandidierte erfolgreich für die Position einer von drei stellvertretenden Vorsitzenden der EFU. Dr. Gisela Grabow (Deutsche Sektion/CDU) wurde erneut zur Vorsitzenden der Kommission "Legal and Human Rights" der EFU gewählt. Gabriele Gebessler (Deutsche Sektion/CSU) wurde zur Kassenprüferin der EFU gewählt.

Aufgrund der Coronalage haben keine weiteren Präsenzveranstaltungen stattgefunden.

Frauen in der EVP

Im Vorfeld des EVP-Kongresses vom 20.-21. November 2019 in Zagreb hatte die Präsidentin der EVP-Frauen Dr. h.c. Doris Pack die nationalen Parteien der Europäischen Volkspartei (EVP) schriftlich aufgerufen, Frauen als stellvertretende Vorsitzende zu nominieren, um so zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern im EVP-Präsidium beizutragen. Donald Tusk wurde zum Vorsitzenden der EVP gewählt. Die folgenden drei Frauen wurden zu stellvertretenden EVP-Vorsitzenden gewählt: Mariya Gabriel, Helen McEntee und Esther de Lange.

Im Jahr 2019 haben die EVP-Frauen in ihrer Sommerakademie eine Resolution zu dem Thema „Female visions for a better Europe“ erarbeitet. Die Resolution wurde auf der Generalversammlung der EVP-Frauen am 18.-19. Oktober 2019 in Wien beschlossen und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf dem EVP-Kongress in Zagreb übergeben.

Im Februar 2021 wurde die Resolution „The Future of Europe: Lessons to be learned 02 from the Corona crisis“ beschlossen. Zum Internationalen Frauentag gab es eine Social-Media-Kampagne mit Videobotschaften der Kommissionspräsidentin und anderer Persönlichkeiten zu der angesprochenen Resolution zu Lehren aus der Corona-Pandemie. Am 10. Juni 2021 fand die Veranstaltung „The Future of Europe“, mit einem Vortrag der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie Dubravka Šuica, statt.

7 ZUSAMMENARBEIT MIT DER CDU

7.1 Bundesfachausschüsse der CDU

Jeweils zu Beginn einer neuen Legislaturperiode werden von der CDU Bundesfachausschüsse eingesetzt. Die Mitglieder der Bundesfachausschüsse werden durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands auf Vorschlag der CDU-Landesverbände und CDU-Vereinigungen berufen.

Die Frauen Union hat für alle Bundesfachausschüsse Personalvorschläge gemacht. Im Ergebnis arbeiten in allen Bundesfachausschüssen Mitglieder der Frauen Union mit.

Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte eingeführt, dass die Bundesfachausschüsse künftig von einer Doppelspitze aus Mann und Frau geführt werden. Das wurde bei der Einsetzung der Bundesfachausschüsse umgesetzt.

Insgesamt neun Bundesfachausschüsse haben ihre Arbeit aufgenommen. Schwerpunkte ihrer Tätigkeiten waren im Berichtszeitraum die Bearbeitung überwiesener Parteitagsanträge sowie die Erarbeitung inhaltlicher Vorschläge für die laufende Arbeit und zum neuen CDU-Grundsatzprogramm. Zudem haben die Beschlüsse der Bundesfachausschüsse Eingang in die Erarbeitung des Regierungsprogramms für die Bundestagswahl gefunden.

7.2 Grundsatzprogramm der CDU

Mitglieder der Frauen Union der CDU Deutschlands haben sich nicht nur im Rahmen der Zuhör-Tour inhaltlich eingebracht, sondern auch bei weiteren Veranstaltungen wie den Werkstattgesprächen zur Dienstpflicht oder zur Familienpolitik. Über verschiedene Kommunikationskanäle hat die Frauen Union der CDU vom Grundsatzprogrammprozess berichtet und unter den Mitgliedern für das Einbringen in die inhaltliche Auseinandersetzung geworben. Im CDU-Bundesvorstand wurde bei der Klausurtagung im Januar 2020 über die Gliederung und die wichtigsten inhaltlichen Punkte des neuen Grundsatzprogramms beraten. Im September 2020 wurde dem CDU-Bundesvorstand ein Bericht zum Grundsatzprogramm vorgelegt. Er umfasst sowohl die Mitgliederbeteiligung, die Beiträge der Bundesfachausschüsse als auch einen Programmtext.

7.3 Zusammenarbeit mit den Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU

Die Frauen Union der CDU arbeitet mit den anderen Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU eng zusammen. Die Vorsitzenden der Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie deren Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer treffen sich regelmäßig zum Informationsaustausch sowohl untereinander als auch mit dem Bundesgeschäftsführer der CDU.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich nach der Europawahl am 26. Mai 2019 neu aufgestellt. Um den vielfältigen Verzahnungen zwischen den verschiedenen Beratungs- und Entscheidungsebenen gerade in europapolitisch wichtigen Themenbereichen besser gerecht zu werden, ist die stellv. Gruppenvorsitzende Marion Walsmann MdEP seit November 2019 Ansprechpartnerin für die Vereinigungen und deren europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher sowie die Arbeitskreise. Diese Treffen finden seit Ausbruch der Corona-Pandemie regelmäßig digital statt.

Am 27. Januar 2021 organisierten die beiden Europaabgeordneten Marion Walsmann und Lena Düpont unter Einbindung der Frauen Union der CDU und der Frauen Union der CSU die digitale Veranstaltung „Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch! – Gemeinsam für (digitalen) Kinderschutz in Europa“.

Unter dem Motto „Neun Blickwinkel, ein Ziel: Freiheit und Verantwortung verbinden. Dialog der CDU-Vereinigungen und Sonderorganisationen.“ debattierten am 14. Januar 2020 die Vereinigungen der CDU im Konrad-Adenauer-Haus im Rahmen des Grundsatzprogrammprozesses der CDU. Für die Frauen Union nahm die stellvertretende Vorsitzende Anja Wagner-Scheid mit auf dem Podium teil.

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB stellte Grußworte für Veranstaltungen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands, der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und der Senioren-Union der CDU Deutschlands zur Verfügung.

8 ZUSAMMENARBEIT MIT DER CDU/CSU- BUNDESTAGSFRAKTION

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Nadine Schön MdB ist Beisitzerin im Bundesvorstand der Frauen Union der CDU.

Mit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht eine intensive Vernetzung. Die Vorsitzende Yvonne Magwas MdB wurde beim Bundesdelegiertentag zu einer der stellv. Vorsitzenden in den Bundesvorstand der Frauen Union der CDU gewählt. Die Bundesvorsitzende der Frauen Union ist als Abgeordnete Mitglied der Gruppe der Frauen und hat dort wiederholt zu Initiativen der Frauen Union berichtet. Insbesondere bei der Frage der besseren Vertretung von Frauen im Bundestag besteht ein enger Austausch.

Die Vorsitzende und die Geschäftsführerin der Frauen Union der CDU haben an verschiedenen Veranstaltungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilgenommen u.a. bei einem Abendgespräch der Gruppe der Frauen mit CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak.

Auf Arbeitsebene gibt es auch eine enge Vernetzung mit der Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

9 ZUSAMMENARBEIT MIT DER FRAUEN UNION DER CSU

Auf der Landesversammlung der Frauen Union der CSU gab im September 2019 die langjährige Landesvorsitzende Prof. Dr. Angelika Niebler den Staffelstab weiter an Ulrike Scharf MdL, Staatsministerin a.D. Die Frauen in der CSU und der CDU haben zusammen viel erreicht, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Die enge Vernetzung der beiden Schwester-Vereinigungen sollte durch ein persönliches Treffen des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU und des Vorstandes der Frauen-Union der CSU weiter vertieft werden. Aufgrund der Pandemielage muss es bedauerlicherweise verschoben werden. Digital gab es jedoch eine gute Zusammenarbeit.

Im Rahmen der Online-Reihe #euvernetzt diskutiert die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion, mit Verbänden, Think Tanks, Unternehmen und anderen Entscheidern über aktuelle Themen auf der europäischen Agenda. Die digitale Veranstaltung „Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch! – Gemeinsam für (digitalen) Kinderschutz in Europa“ am 27. Januar 2021 fand in Kooperation mit der

Frauen Union der CDU Deutschlands und der Frauen-Union der CSU Bayern statt, die sich seit Jahren für den Kinderschutz stark machen. In einem spannenden Austausch mit Herbert Reul, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Ebner, Vizedirektor Europol, Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Thorsten Nowak, Vorstand Stiftung Kinderschutzallianz und Julia von Weiler, Geschäftsführerin von „Innocence in Danger“, der deutschen Sektion des internationalen Netzwerks gegen sexuellen Missbrauch wurde die Wirksamkeit der aktuellen Maßnahmen besprochen.

10 KOOPERATION MIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Im Bezugszeitraum folgte die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB mehreren Einladungen der Konrad-Adenauer-Stiftung. u.a. zur Bekämpfung des Menschenhandels und aller Formen der sexuellen Ausbeutung im Juni 2021. Auf Arbeitsebene besteht ein regelmäßiger Austausch, insbesondere mit der Hauptabteilung „Analyse und Beratung“. Die Bundesvorsitzende gehört dem Kuratorium der Stiftung an.

11 KOOPERATION MIT DEM DEUTSCHEN FRAUENRAT

Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Sigrid Isser, Carla Neisse-Hommelsheim sowie Dr. Stefanie Rönnau vertreten die Frauen Union der CDU als Delegierte und Kristy Augustin, Jessica Weller und Susanne Wetterich als Ersatzdelegierte im Deutschen Frauenrat. Aufgrund der Pandemielage 2020 wurde die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates verschoben. Sigrid Isser arbeitete als Mitglied des Fachausschusses Ehrenamt mit, das das Positionspapier „Ehrenamtliches Engagement von Frauen in Verbänden, Vereinen und Parteien für Demokratie und Gesellschaft“ erstellt hat. Ingrid Petzold arbeitet als Mitglied des Fachausschusses Parität für die Frauen Union mit. Im Jahr 2019 ist ein Platz im Fachausschuss Sorgearbeit frei geworden. Jessica Weller hatte ihre Bereitschaft erklärt, Mitglied im FA zu werden. Aufgrund eines Überangebots an Bewerberinnen wurde sie nicht berücksichtigt.

Am 6. März 2020 nahm die stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union Sigrid Isser am Empfang des Bundespräsidenten für den Deutschen Frauenrat teil. Die Vorsitzende der Frauen Union der

CDU Annette Widmann-Mauz MdB vertrat die Interessen der FU beim digitalen Präsidentinnen-Treffen des Frauenrats am 20. März 2021.

Vom 19. bis 20. Juni 2021 fand die digitale Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates mit Neuwahl des Vorstands statt. Die Frauen Union hatte sich im Vorfeld schriftlich an den Vorstand des Deutschen Frauenrates gewandt und insbesondere die formale Behandlung des Mitgliedsantrags des „Frauenplenum des Bundesparteitags der Partei DIE LINKE“ wegen Intransparenz über die Erfüllung der Voraussetzung auf eine Mitgliedschaft und das Abstimmungsverfahren im Vorfeld der Mitgliederversammlung moniert. Der Vorstand des Deutschen Frauenrats widersprach dieser Auffassung.

Die Frauen Union hatte für die künftige Arbeit des Deutschen Frauenrats das Schwerpunktthema „Zur Situation der Prostitution in Deutschland. Für Schutz von Prostituierten vor Ausbeutung und Gewalt“ beantragt. Es wurde abgelehnt, sodass auch die Kandidatur von Susanne Wetterich als Themenverantwortliche nicht zum Zug kam.

12 KOOPERATION MIT WEITEREN FRAUEN- UND FAMILIENVERBÄNDEN

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB hat sich während der zurückliegenden Wahlperiode zu Veranstaltungen und zum Austausch mit Vertreterinnen verschiedener Frauenverbände und Netzwerke digital getroffen, wie etwa der dbb Bundesfrauenvertretung, dem Verein Berliner Kaufleute und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Zur aktuellen Situation von Prostituierten stand die Vorsitzende der Frauen Union mit der Vorsitzenden von Solwodi Dr. Maria Decker, der Präsidentin des KDFB Dr. Maria Flachsbarth MdB und der kfd-Bundesvorsitzenden Mechthild Heil MdB im Austausch. Mit Frau Prof. Dr. Beate Rudolf vom Deutschen Institut für Menschenrechte wurde die menschenrechtliche Bewertung von Prostitution bzw. eines Sexkaufverbots erörtert. Bei Verbandsveranstaltungen und -gesprächen standen Themen wie Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft oder Gewalt gegen Frauen auf der Agenda.

